



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XVL/60 - 15. März 1961

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 18 31-33

Fernschreiber 0 886 890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seiten:

Zeilen:

1	<u>Das schlechte Gewissen der CDU</u>	41
	Beobachtungen aus dem Kommunalwahlkampf in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen	
2	<u>Gesamtd deutsches Schwindelunternehmen</u>	23
	Pankow erfundene Sozialdemokraten	
2	<u>Schödig</u>	25
	Fall von Wiedergutmachung, wie er nicht behandelt werden sollte	
3 - 4	<u>Klare Außenpolitik - Verwirrende Innenpolitik</u>	71
	Zur politischen Lage in der Türkei Von Dr. Basil Mathopoulos	
5	<u>Buchbesprechung:</u>	
	<u>Wie wird gewählt?</u>	52
6 - 7	<u>Aufverunreinigung - ein Grundübel unserer Zeit (III)</u>	86
	Von Prof. Dr. Karl Bechert, KdF	

\* \* \*  
\* \*

Das schlechte Gewissen der CDU

Beobachtungen aus dem Kommunalwahlkampf in Nordrhein-Westfalen  
und Niedersachsen

sp - Wer die Wahlauseinandersetzungen zur Kommunalwahl am 19. März in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen beobachtet, wird eine interessante Feststellung treffen können: Die CDU vermeidet es ängstlich, den Bürger auf die tatsächlichen Zusammenhänge zwischen Kommunal-, Landes- und Bundespolitik aufmerksam zu machen. Ja, sie drückt sich ganz offensichtlich davor, diese in der modernen demokratischen Industriegesellschaft selbstverständliche Verbindung darzustellen, was unseres Erachtens sogar ihre Aufgabe wäre, will sie den Art. 21 des Grundgesetzes respektieren, der den politischen Parteien die Aufgabe der politischen Willensbildung überträgt.

Landauf, Landab, besonders aber in kleineren Städten und Gemeinden, versucht die CDU den Bürgern einzureden, man solle bei Diskussionen über die Aufgaben im kommunalen Bereich nicht davor reden, was im Bundestag beschlossen wird.

So erfährt denn der staunende Zeitgenosse und Wähler von der CDU nichts darüber, wie sich die Regierungspartei in Bonn zum Beispiel zu Fragen des Strassenbaus, der Förderung des Gesundheitswesens (Krankenhäuser), zur Verbesserung unserer Bildungsanstalten und schliesslich zu der jedem Kommunalpolitiker - ganz gleich, welcher Partei er angehören mag - hinreichend bekannten leidigen Problem der Finanzausweisungen und des Finanzausgleiches zwischen Bund, Ländern und Gemeinden verhält. Dagegen wird jedoch mit rührender Naivität wie zu Urgrossvaters Zeiten mitgeteilt, ein guter Christ könne nicht Sozialdemokrat sein und man sagt schliesslich mit blitzendem Auge, dass wir unsere wirtschaftliche Existenz einzig und allein den Herren Adenauer und Erhard zu verdanken hätten.

Natürlich weiss die CDU, warum sie sich so verhält. Sie geht einer Erörterung der lebenswichtigen Fragen unseres Volkes, sie bis in die kleinste Gemeinde hinein für jeden einzelnen Bürger eine grosse Rolle spielen, bewusst aus der Wege, um nicht Rede und Antwort für ihr Versagen bei dem Versuch stehen zu müssen, eine gerechte und menschenwürdige Sozial- und Wirtschaftsordnung in der Bundesrepublik zu schaffen. Niemand wird behaupten wollen, dass es uns heute nicht besser geht als vor 15 Jahren. Dass aber unsere Schulen, die Krankenhäuser, die Beschaffung von Bauland zu erschwinglichen Preisen und damit der Wohnungsbau und die Erstellung von Eigenheimen, eine ausreichende Versorgung unserer alten Menschen sowie die unserer Wirtschaftskraft entsprechende Sozialordnung zu den ungelösten Problemen der Gegenwart gehören, davon will die Partei Dr. Adenauers auch in diesem Kommunalwahlkampf nichts wissen. Ihr schlechtes Gewissen zwingt sie dazu, oberflächliche und sogar dumme Redensarten als Ersatz für "Kommunalpolitik" auf den Markt zu bringen.

Gesamtdeutsches Schwindelunternehmen

Sp - Alle Jahre wiederholt sich das gleiche Schauspiel: parallel mit der Leipziger Messe tagt eine von Ulbricht inszenierte "Gesamtdeutsche Arbeiterkonferenz", auf der auch Teilnehmer aus der Bundesrepublik zu finden sind. Meistens handelt es sich bei diesen Leuten um ehemalige Kommunisten, um Irregleitete und einige wenige früherer Mitglieder der SPD, die schon lange aus dieser Partei ausgeschlossen sind. In der SEDistischen Propaganda figurieren diese Teilnehmer allesamt als "Sozialdemokraten und Gewerkschaftler." Der Zweck dieser Woge ist offensichtlich. Einmal wollen die Veranstalter ihren Moskauer Dienstgebern beweisen, welchen "Einfluss" sie in Westdeutschland haben, zum zweiten spielt die durchsichtige Absicht eine Rolle, möglichst viele Mitglieder und Anhänger der SPD als unzuverlässig abzustempeln. So dient man Moskau und den Scharfmachern in der Bundesrepublik zugleich. Parkows Angaben über Ablauf dieses Schwindelunternehmens und über die Höhe der Beteiligten von Bundesbürgern ähnen dem Herrn Bundesinnenminister Schröder als "beweis-kraftige Unterlagen" für seine Notstands- und Ein- und Ausreisegesetze. Diesmal mussten die Parkower-Herren besonders tief in die Kassen greifen, was ihnen doch durch die kürzlichen Enthüllungen eines ständigen Teilnehmers an der "Arbeiterkonferenz" die Organisations-Grundlage zerschlagen worden. - Es bleibt dabei: Wer sich dennoch aus Westdeutschland als Staffage für dieses Manöver hergibt, hat mit der Sozialdemokratie nicht das geringste zu tun. Wird dies endlich auch Herr Schröder zur Kenntnis nehmen?

+ + +

Schäbig

Kurz nach dem Abrücken der SS am Abend des 4. Mai 1945 besetzten US-Truppen das Konzentrationslager. Einige Stunden später kamen die ersten Häftlinge frei; am nächsten Tage, dem 5. Mai 1945, waren alle entlassen. Für einen von ihnen, der am 5. Mai freikommt, war der 4. Mai nicht nur der schönste Tag seines Lebens, sondern auch der dreißigste Tag seines letzten Lagermonats. So wenigstens glaubte er, bis er von der Behörde belehrt wurde, dass ihm für diesen letzten und gewiss grauenvollsten Monat seiner Lagerhaft Wiedergutmachung versagt werden müsse, weil die Freiheitsentziehung an jenem 4. Mai nicht den ganzen Tag über gedauert habe (§ 45 Abs. 3 BGG). Auch das Landgericht pflichtete dieser Ansicht bei; erst vor dem OLG drang der frühere Häftling mit seiner Meinung durch. Selbst damit war das pflichtige, aber keineswegs willige Land nicht zufrieden; es musste in der Tat noch der BGH bemüht werden, der unter Rückgriff auf die Rechtsprechung zum strafrechtlichen Nötigungstatbestand die Ansicht des OLG billigte. (Entscheid. vom 5. Oktober 1960)

Es bedurfte eines Aufgebots von elf Richtern, zwei Anwälten und einer Vielzahl von Verwaltungsbeamten, um ein Urgebräu zuwege zu bringen, das selbst der schlichteste Vorstand mit ein ganz klein wenig Einfühlungsvermögen und Phantasie nicht verächtlich haben würde, kein Rechnungshof der Welt hätte daran Anstoss genommen, diesen letzten, in der Qual der Ungewissheit zwischen Leben und Tod verreckten Tag voll in die Lagerzeit einzurechnen. Es war nicht nur un schön, sondern auch unklug diesen Fall durch alle Instanzen zu treiben: er beschwor den Vorwurf fiskalischer Schädigkeit herauf, der von Boswilligen gerne verallgemeinert wird, was - es sei nachträglich gesagt - der Wahrheit ins Gesicht schlägt.

- 3 -

+ + +

## Klare Außenpolitik - Verwirrende Innenpolitik

Von Dr. Basil Katiopoulos

Die militärische Revolution in der Türkei konnte sich zweifellos in ihren Motiven rechtfertigen, aber zehn Monate nach dem Sturz des unpopulären Menderesregime ist die innere Gesamtsituation des Landes alles andere als gefestigt. Ein sprechendes Symptom ist die erneute Regierungsumbildung Ende Februar. Es schoben sich da Kräfte in den Vordergrund, die bei den Ereignissen im Mai letzten Jahres den politischen Akzent der Aktion verkörpert hatten. Der bisherige stellvertretende Ministerpräsident General Kiziloglu trat zurück. Dafür tauchten nun drei Gegner des Neutralitätskurses im Rampenlicht auf: die Generäle Oztilik und Ulai und Professor Salus - alle als persönliche Freunde des Regierungschefs bekannt. Man darf diese Vorgänge nicht als innere machtpolitische Plänkelei abwerten. Um die gleiche Zeit wurden neun türkische Botschafter von ihren Posten im Ausland nach Ankara zurückbeordert. Dies deutet alles darauf hin, dass General Gürsel trotz seiner gesundheitlichen Handicaps die Zügel fest in der Hand hält. Die Vertreter einer dynamischen Neutralität im Kreis der Militärjunta werden seit langem systematisch von den eigentlichen Schlüsselpositionen entfernt. Dagegen gewinnen die Freunde der Volkspartei Ismet İnönü sowohl in der verfassunggebenden Versammlung als auch in höheren Regierungskreisen immer mehr an Einfluss.

Wenn das politische Geschick der Türkei auch in festen Händen zu sein scheint, eine klar definierbare Linie hat sich bis jetzt, trotz der verschiedenen durchlaufener Phasen, noch nicht herauskristalisieren können. Ein ungewolltes Eingeständnis gab diesbezüglich der Staatschef selbst anlässlich der Regierungsumbildung bei einer Pressekonferenz. Auf die Fragen der Journalisten nach dem Termin für die Durchführung der versprochenen Parlamentswahlen und nach dem Abschluss des Prozesses gegen die Clique um Menderes, versuchte General Gürsel sich durch vage Formulierungen aus der Affäre zu ziehen.

Wenn in der innenpolitischen Entwicklung auch noch nicht das letzte Wort gefallen ist, die außenpolitische Konzeption der neuen Machthaber in Ankara ist zielstrebig. Die Türkei ist und bleibt ein stabiler Verbündeter des Westens. Ein Garant für diese provestliche Ausrichtung ist Außenminister Selim Sarper, ein erfahrener Diplomat,

13. März 1961

der als Botschafter seines Landes bei der UNO und NATO engsten Kontakt zu dem weltweiten Geschehen gewann. Die befürchteten Lockerungen der NATO-Bindungen blieben nicht nur aus, zur Zeit laufen Verhandlungen zwischen Washington und Ankara über eine Hilfestellung bei der Postulierung der SEZTO, der Nachfolgeorganisation des gescheiterten Bagdadpaktes. Die angekündigte Reise der Ausseminister Grossbritanniens und der USA, Lord Home und Dean Rusk, Ende April nach Ankara lässt unterrichtete Kreise vermuten, dass auch die wirtschaftlichen Aspekte auf die Tagesordnung kommen werden, denn die Auswirkungen des Paktes, der nach dem Ausscheiden des Irak die Sicherheit der Türkei, Persiens und Pakistans garantieren soll, beschränken sich nicht auf den politischen Sektor.

In Ankara verspricht man sich viel von den bevorstehenden Unterredungen. Es ist zwar wahr, dass General Gürsel gegenüber der Sowjetunion eine gemässigte Gangart eingeschlagen hat, was eine entsprechende Resonanz auf sowjetischer Seite fand. Das berechtigt aber nicht zu Zweifeln an der Loyalität der Türkei. In Ankara weist man darauf hin, dass die Türkei sich in einer Zeit der erstrittenen allgemeinen Entspannung nicht als Vorkämpfer des Kalten Krieges bezeichnen fühle.

Eine Wiederbelebung des Balkanpaktes ist dagegen kaum so schnell zu erwarten. Obwohl der Pakt praktisch seit seiner Geburt nur auf dem Papier existiert, lässt sich doch sagen, dass sich die Beziehungen der Türkei zu seinen beiden Partnern Jugoslawien und Griechenland langsam bessern. Auf Zypern scheint die Aussöhnung zwischen den türkischen und griechischen Bevölkerungsgruppen feste Wurzeln zu schlagen, was nicht zuletzt die Voraussetzung des Plans für einen Anschluss an den Commonwealth war.

Die Beziehungen zur Bundesrepublik bleiben unverändert. Der Botschafter Ankaras in Bonn, Eysel, ist einer der wenigen, der nach dem Regierungswechsel seinen vorgeschobenen Posten behielt. Seit Ende Februar dauern die Verhandlungen einer türkischen Wirtschaftsdelegation mit Bonner Kreisen über eine deutsche Staatsanleihe zur Entwicklung der türkischen Industrie an.

Die neue amerikanische Regierung hat indirekt den Wunsch geäußert, dass sich die Entwicklung der Türkei zu einem westlich-demokratischen Staat beschleunige. Die nächsten Monate werden zeigen, ob der Regierungswechsel in Ankara wirklich zu einer Stabilisierung nach demokratischen Prinzipien führen wird, was das Prestige des Westens zweifellos fördern würde.

Buchbesprechung: Wie wird gewählt?

Edt. In der langen Geschichte des Wahlrechts hat es viele Versuche gegeben, die Wahlen ihres demokratischen Sinnes zu entkleiden und sie anderen Staatsformen dienstbar zu machen. In der Abwehr solcher Bestrebungen sind gewisse Grundsätze entwickelt worden, die erfüllt sein müssen, ehe man ein Wahlrecht als demokratisch bezeichnen kann. Diese Grundsätze sind meistens in den Verfassungen der einzelnen Staaten niedergelegt und sind somit auch für den Gesetzgeber (das Parlament) nur unter erschwerten Umständen abänderbar, während die Einzelheiten des Wahlrechts der einfachen Gesetzgebung unterliegen. Jedes Parlament kann im Verlaufe seiner Wahlperiode ein neues Wahlgesetz beschließen, muss allerdings dabei die in der Verfassung festgelegten Grundsätze beachten und in das Wahlgesetz einbeziehen.

In unserem Grundgesetz ist festgelegt, dass der Bundestag für die Dauer von vier Jahren gewählt wird, dass die Abgeordneten des Bundestages in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl gewählt werden und dass wahlberechtigt ist, wer das 21., wählbar, wer das 25. Lebensjahr vollendet hat. Alle Einzelheiten, die das Wahlsystem, das Wahlrecht und die Wählbarkeit, die Wahlorganisation und die Wahlvorbereitungen betreffen, werden in den Wahlgesetzen geregelt, die jeder Bundestag neu beschließen kann.

Mit dem Bundeswahlgesetz vom 7. Mai 1956 wollte der Gesetzgeber eine endgültige Regelung schaffen. Dieses Gesetz ist geltendes Wahlrecht. Die Verteilung der 494 Abgeordnetensitze auf die Parteien und Länder erfolgt in zwei Auszählungen nach dem Höchstzahlverfahren D'Hondt. Im 1. Auszählungsverfahren werden die Mandate berechnet, die den verbundenen Listen der Parteien nach den im ganzen Bundesgebiet gewonnenen Zweitstimmen zustehen. Nicht berücksichtigt werden dabei die Parteien, die im Bundesgebiet weniger als 5 Prozent der insgesamt abgegebenen gültigen Zweitstimmen oder mit ihren Erststimmen nicht mindestens drei Direktmandate erhalten haben. Im zweiten Auszählungsverfahren werden die von einer Partei im gesamten Bundesgebiet gewonnenen Sitze auf die Länder nach den in den Ländern erhaltenen gültigen Zweitstimmen nach dem Höchstzahlverfahren verteilt.

Wer kennt aber wirklich den Mechanismus dieser Auszählungsverfahren? Wer weiss genau über die Einteilung der Wahlkreise in der Bundesrepublik Deutschland Bescheid? Wer kennt den Aufbau der Wahlorgane vom Wahlvorstand bis zum Bundeswahlprüfungsausschuss? Und vor allem, wer ist wirklich umfassend über die Aufstellung, Einrichtung, Zulassung der Bekanntgabe der Kreiswahlvorschläge und Landeslisten informiert? Schon öfter als einmal sind Pannen mit erheblichen politischen Folgen vorgekommen, die auch hätten vermieden werden können!

Es ist deshalb jedem politisch tätigen Menschen dringend zu raten, sich alsbald die eben erschienene Schrift "Wie wird der Bundestag gewählt?" Eine übersichtliche Darstellung des geltenden Wahlrechts von Helmut Koch, Oberregierungsrat beim Deutschen Bundestag, zu beschaffen, die eben in zweiter Auflage im Deutschen Bundesverlag GmbH in Bonn erschienen ist und der die ersten Absätze dieses Hinweises entnehmen sind.

Die 86 Seiten starke Broschüre, die zum Preis von 2,-- DM bezogen werden kann, ist auch für jeden, der an der staatsbürgerlichen Erziehung mitwirkt, ein unentbehrliches Hilfsmittel, noch dazu sie sich keineswegs auf technische Angaben beschränkt, sondern zum Beispiel auch einen ausführlichen Überblick über die Unterschiede zwischen Mehrheitswahlrecht und Verhältniswahlrecht usw. bietet.

Luftverunreinigung - ein Grundübel unserer Zeit (III)

Von Prof. Dr. Karl Bechert, MdB

Notwendige Maßnahmen

Weil die Verharmloser immer wieder darauf hinweisen, dass in Tierversuchen der Einfluss der Luftverunreinigung sich als nicht so schwerwiegend ergebe, macht das internationale Sachverständigen-Komitee in seiner Entschliessung "auf die Tatsache aufmerksam, dass das menschliche Lungengewebe anscheinend wesentlich leichter zu einer bösartigen Entartung" (also zu Krebs), "unter dem Einfluss schädlicher chemischer Substanzen neigt, als das der bisher untersuchten Tiergattungen". Ausserdem macht das Komitee, und das sei auch den Verharmlosern gesagt, die sehr richtige Bemerkung, dass im Tierversuch nur gesunde Tiere verwendet werden, während die Menschen in den Industriegebieten nicht selten bereits Atmungsschäden haben; auch sind sie der schädlichen Einwirkung viel länger ausgesetzt, als dies im Tierversuch geschieht. Die Sachverständigen-Konferenz "ist der Ansicht, dass die folgenden Maßnahmen, die als Beispiel gewählt wurden, unverzüglich praktisch durchgeführt werden können:

1. Festlegung von Normen (also von Richtzahlen), "für die in Haushalts- und Industrief Feuerungen verwendeten Brennstoffe, um die Konzentration der bei der Verbrennung gebildeten schädlichen Stoffe auf ein möglichst geringes Maß herabzudrücken,
2. Einregelung und Überwachung von Haus- und Industriefeuerungen, um die Menge der in die Atmosphäre entweichenden Abrauche auf ein Mindestmaß herabzusetzen,
3. strenge Kontrolle der Einstellung von Dieselmotoren, da es sich hier um eine Maßnahme handelt, die technisch durchführbar und von anerkannter Wirksamkeit ist,
4. ausreichende und wirksame Reinigung des Rauchs und der industriellen Abgase vor ihrem Ausstoss in die Atmosphäre, insbesondere Ersatz der Reinigungsmethoden von Fabrikschornsteinen unter Ausblasen mit Pressluft durch andere Mittel, welche die Verbreitung chemischer Verunreinigungen in der Atmosphäre vermeiden.

Darüber hinaus empfiehlt die Konferenz folgende Maßnahmen:

1. Verbesserung und Zusammenfassung der Feuerungsstellen im Rahmen des Möglichen,
2. Schaffung von Grünflächen und Baumbeständen bei der Städteplanung zur Auflockerung und zur Trennung der Wohngebiete von den Fernen der Luftverunreinigung und Durchführung von Plänen zur Dezentralisierung industrieller Anlagen,

3. Schaffung von Einrichtungen zur Beseitigung schädlicher Stoffe aus den Auspuffgasen von Kraftfahrzeugen,

4. Herabsetzung der von Eisenbahnen ausgehenden Luftverunreinigung durch Elektrifizierung oder Benutzung von sorgfältig regulierten Diesellokomotiven".

"Die Konferenz unterstreicht die Notwendigkeit einer weiten internationalen Zusammenarbeit für die Anregung und Koordinierung der Forschungsarbeiten" (auf diesem Gebiet), "sowie für die Einführung von Maßnahmen zum Schutz der allgemeinen Gesundheit seitens der verantwortlichen gesetzgebenden Behörden in den verschiedenen Ländern". Dem Bundestagsausschuss für das Gesundheitswesen, kurz Gesundheitsausschuss genannt, liegt ein Gesetzentwurf vor, der von Abgeordneten verschiedener Fraktionen eingebracht ist, und der die Entschwefelung von flüssigen und gasförmigen Brennstoffen anstrebt, damit die Menge an schwefelhaltigen Verbindungen in der Luft in den Industrie- und sonstigen Ballungsgebieten geringer wird. Aber schon wieder wehren sich interessierte Kreise und Gruppen, es sei ja gar nicht so schlimm, und die Hausbrandkohle sei ja zu einem grossen Teil an Zunehmen des Schwefeldioxyds in der Luft schuld und damit an der zunehmenden Zahl von Erkrankungen der Atemwege in den Städten.

#### Gesetzgeber muss hart bleiben

Hier zeigt sich erstens, dass der Gesetzgeber in solchen Fällen hart bleiben muss, und zweitens, dass Einzelgesetze, mögen sie noch so gut formuliert sein, der ganzen Schwierigkeit nicht Herr werden können. Es ist ein Flecken an Einzelausschreibungen statt eines Bereinigens der ganzen schlimmen Zustände. Es ist ja wirklich wahr, dass es neben dem Schwefelgehalt der Heizöle und der Brenngase noch andere Quellen gibt, aus denen die atemschädlichen Verbindungen Schwefeldioxyd entstehen. Natürlich haben wir allen Grund, uns zu freuen, wenn wenigstens schon einmal für die flüssigen und gasförmigen Brennstoffe der zulässige Schwefelgehalt auf ein möglichst geringes Maß festgesetzt wird, so dass schwefelreichere Öle und Gase bei uns nicht verbrannt werden dürfen. Aber eine umsichtige Bundesregierung und eine nicht von den Wahlgebern von Interessengruppen abhängige Bundestagsmehrheit könnte bessere Gesetzesregelungen treffen, für welche die Reinkaltung der Luft oberste Richtschnur ist, und nicht die Rücksicht auf die technische Durchführbarkeit oder das wirtschaftlich Zumutbare die ausschlaggebende Rolle spielt.

Wenn die Technik Lösungen findet, muss es von Gesetzes wegen, damit unsere Atemluft nicht zu einem Gift, zu einer Dauer Gefahr für uns wird, dann findet die Technik auch geeignete Lösungen. Das kann beim heutigen Stande der Wissenschaft und der technischen Möglichkeiten ohne Übertreibung gesagt werden. Dass die wirtschaftliche Zumutbarkeit den Vorrang haben soll vor dem Schutz der Gesundheit, ist eine Sumpflühe unserer viel gelobten Wirtschaft. Eine umsichtige Bundesregierung und eine nicht auf Wahlgebern von Interessengruppen angewiesene Bundestagsmehrheit kann es anders, kann es besser machen. - Ihr Hausfrauen und Hausväter, werdet Ihr bei der nächsten Wahl daran denken?

(Fortsetzung und Schluss folgt)

Verantwortlich: Günter Markscheffel